Nr. 276 Morgen-Ausgabe
A 141

Berlin

Sonnabend, 14. Juni 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Sven v. Müller. Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Kabinett ist solidarisch

„Die Reichshilfe der Festbesoldeten"

Die Regierung begründet

Reichskanzler Dr. Brüning und seine Mitarbeiter im Kabinett haben gestern nachmittag die erste Kabinettssitzung nach den Pfingstferien abgehalten. Das Resultat mehrstündiger Verhandlungen war, daß sich das Gesamt-Kabinett mit den Finanzplänen Dr. Moldenhauers einverstanden erklärte und vor allem beschloß, an dem Geldbeschaffungsmittel der sogenannten „Reichshilfe der Festbesoldeten" festzuhalten.

Dieses wesentliche Resultat der Sitzung wurde von der Regierung in einer gestern abend spät ausgegebenen langen Begründung mitgeteilt. In der amtlichen Darstellung des Verlaufs der Kabinettssitzung heißt es:

Der Reichsfinanzminister trug die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, der das Reichskabinett einmütig zustimmte.

Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Oeffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen. Ziel dieser Politik ist die **Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen.**

Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, in erheblichem Umfange gemildert werden kann. Zu diesem Zwecke ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Osthilfe dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Voraussetzung für die Möglichkeit der Aufbringung der nötigen Kredite ist die unverzügliche Herstellung und Erhaltung des Gleichgewichts im Haushalt. Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchem Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitserklärung für die Gruppe Nord-West der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen können.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten. Das Reichskabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkt ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden. In diesem Gesetz sind auch die Bestimmungen enthalten, die Mißverhältnisse zwischen den Personalausgaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Ersparnis getroffen hat. Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers sollen diese einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen in einen größeren umfassenden Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz festgelegt werden soll. Das Reichskabinett kam in Uebereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen Plan in gemeinsamer Arbeit mit den Ländern eine durchgreifende Ersparnis und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres von der Besetzung freiwerdender Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen.

Entsprechend der Notwendigkeit zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 v. H. der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten.

Diese vorgesehenen umfassenden Reformen können aber ausreichende Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms der Reichsregierung entschlossenes sofortiges Handeln erfordert. **Deshalb hält die Reichsregierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde.** Dieser Entwurf bezweckt den Ausgleich der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten.

Das Reichskabinett ist sich schlüssig geworden, dem Reichstage Abstriche im Reichsetat im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge zur Zeit nur geringfügig sein, wenn an dem größten Ausgabenposten, den Personalkosten, vorbeigegangen wird.

Für diese Ersparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als wie die vom Reichskabinett beschlossene Reichshilfe der Festbesoldeten. Auch die in gesicherten Lebensstellungen Befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden. Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und wirken dem Gedanken des Preisabbaues und der Minderung der Arbeitslosigkeit entgegen.

Die Reichsregierung sieht in dem ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie der Ueberzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Aussprache Berlin—Moskau

„Im Geist des Rapallovertrags"

Ueber die seit längerer Zeit zwischen der deutschen und russischen Regierung schwebenden Verhandlungen ist jetzt folgendes amtliches Communiqué ausgegeben worden:

Im Verkehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion sind im Laufe der Zeit verschiedene Fragen aufgetaucht, die im Interesse der Weiterführung der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen der Bereinigung bedürfen. Die beiden Regierungen haben daher die Gesamtheit dieser Fragen zum Gegenstand zusammenfassender diplomatischer Besprechungen gemacht, die in den letzten Wochen in Berlin und Moskau stattgefunden haben und jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Ein Teil der beiderseitigen Einzelbeschwerden ist in den Unterhaltungen bereits befriedigend geklärt worden. Die übrigen sollen der dafür in dem Abkommen vom 25. Januar 1929 vorgesehenen Schlichtungskommission unterbreitet werden, die einmal jährlich um die Mitte des Jahres sich versammeln soll, und die in diesem Jahre am 16. Juni in Moskau zu ihrer ordentlichen Tagung zusammentreten wird.

Bei der Behandlung der vorliegenden Einzelfragen gehen beide Regierungen übereinstimmend von dem Wunsche aus, die entstandenen Schwierigkeiten im Geiste des Rapallovertrages und der anderen zwischen ihnen bestehenden Verträge zu überwinden und damit auch bei fortschreitender internationaler Entwicklung die Politik fortzusetzen, die sie auf Grund dieser Verträge nun schon lange Jahre hindurch verfolgt haben.

In offener Aussprache sind sie sich von neuem darüber klar geworden, daß die grundsätzliche Verschiedenheit der beiden Staatssysteme kein Hindernis für die gedeihliche Weiterentwicklung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu sein braucht. Dabei gehen beide Regierungen davon aus, **daß alle Versuche einer aktiven Beeinflussung der inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu unterbleiben haben.** Beide Regierungen sind entschlossen, auf dieser Grundlage die gegenseitigen Beziehungen zu pflegen und an die sich ihnen künftig noch begegnenden Aufgaben heranzutreten, mögen diese Aufgaben das unmittelbare Verhältnis zwischen den beiden Ländern oder andere ihre Interessen berührende Fragen betreffen. Sie sind überzeugt, daß sie auf diese Weise sowohl dem Vorteil ihrer Länder als auch der Sicherung des Weltfriedens dienen werden.

*

Das amtliche Kommuniqué ist von einer erfreulichen Entschiedenheit und Deutlichkeit. Die deutsch-russischen Beziehungen treten mit diesem Schritt in ein neues, aktives Stadium ein.

Im Frühjahr dieses Jahres waren die deutsch-russischen Beziehungen auf dem Nullpunkt angelangt. Viele Schwierigkeiten waren aufgetreten, die in einer Reihe von Beschwerden auf deutscher Seite zum Ausdruck kamen. Der Wirtschaftskreise hatte sich allmählich eine tiefe Enttäuschung über die Entwicklung der Verbindungen mit Moskau bemächtigt. Diese Lage drängte nach einer Bereinigung. Die deutsche Regierung hat den Stier bei den Hörnern gefaßt und die Russen zu einer Aussprache eingeladen, um auf der Grundlage der bestehenden Verträge zu einer Beseitigung der Unstimmigkeiten zu kommen.

Die Klärung ist erfolgt. Es hat sich ergeben, daß in dem Rahmen, die der Rapallo- und der Berliner Vertrag abgeben, eine fruchtbare Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen möglich ist. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die Verschiedenheit des deutschen und des russischen Staatssystems kein Hindernis für die Entwicklung dieser Beziehungen zu sein braucht. Die russische Regierung hat verschiedentlich, sowohl in Moskau wie in Berlin, die feierliche Versicherung abgegeben, daß sie sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands enthalten will. Man weiß, was damit gemeint ist. Wenn auch eine klare Trennung der Funktionen der russischen Regierung und der Spitze der Dritten Internationale nicht leicht möglich ist und in den Verhandlungen nicht erreicht werden konnte, so ist doch zu hoffen, daß die Aussprache von Regierung zu Regie-

Bombenattentat in Jugoslawien

Belgrad, 13. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Im Bahnhofsgebäude von Nisch ist gestern abend ein folgenschweres Bombenattentat verübt worden. gegen 9 Uhr abends explodierte im Wartesaal 3. Klasse eine im Ofen versteckt gewesene Höllenmaschine. Von den anwesenden Personen wurde ein Veterinärpräfizier und zwei Soldaten schwer, eine Schülerin leicht verletzt. Gegen 11 Uhr nachts explodierte dann auf dem Bahnsteig des Bahnhofs unter dem Eilzuge aus Pirot eine zweite Höllenmaschine, die jedoch, wie amtlich mitgeteilt wird keinen Schaden anrichtete.

Unweit des Explosionsortes wurde bei den sofort angestellten Nachforschungen **eine dritte Höllenmaschine gefunden,** die etwa anderthalb Kilo schwer war. Bevor die herbeigerufenen Sachverständigen diese Höllenmaschine unschädlich machen konnten, explodierte sie, aber gleichfalls ohne Schaden anzurichten. Heute früh um ¼4 Uhr wurde am Ausgange der Stadt auf der Straße nach Leskovac in einem Schotterhaufen eine weitere Höllenmaschine gefunden. Das amtliche Communiqué gibt keinen Aufschluß über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung, doch verlautet, daß in Nisch und Belgrad mehrere Personen im Zusammenhang mit dieser Affäre verhaftet worden seien. Das Befinden der bei der Explosion im Wartesaal verletzten Soldaten soll sehr ernst sein.

Zweifellos handelt es sich wieder um einen Anschlag des mazedonischen revolutionären Komitees. Das die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien immer wieder zu stören versucht. Diese Vermutung ist um so glaubwürdiger, als wie verlautet, eine Verbindung zwischen den zwei bisher feindlichen Gruppen des mazedonischen revolutionären Komitees erfolgt sein soll, so daß das Komitee nunmehr alle seine Kräfte Terroralien im Auslande zuwenden kann.